

Kurz und bündig

Sechs Gründe für ein Zukunftsinvestitionsprogramm in Zeiten unsicherer Konjunktur

- Die Bundesregierung will mit einem **15-Punkte-Programm** die Konjunktur stützen. Es besteht aus einer Vielzahl von Einzelmaßnahmen.
- Zur **Stützung der Konjunktur** ist ein kräftiger Impuls von mindestens einem Prozent des BIP oder 25 Milliarden Euro notwendig. Das Programm der Regierung ist zu klein.
- Im Konjunkturpaket der Bundesregierung sind investive Ausgaben zum Beispiel für die **Infrastruktur** nur unzureichend repräsentiert. Sie machen nur ein Viertel des Programms aus. Ausgaben für **Bildung** sind überhaupt nicht vorgesehen.
- Seit Jahren gehen die **öffentlichen Investitionen** in Deutschland zurück. Sie sind auf einem dramatisch niedrigen Stand.
- Öffentliche Investitionen **fördern Wachstum** und **schaffen Arbeitsplätze**. Sie sind damit auch ein hervorragendes und nachhaltiges Mittel zur Stützung der Konjunktur.
- Es gibt **große Bedarfe** für zusätzliche öffentliche Investitionen. Der **Bildungsbereich ist erheblich unterfinanziert**. Mehr Ausgaben für die Bildung sind ein wichtiger Faktor für die Zukunftsfähigkeit. Auch die **kommunale Infrastruktur** weist einen Investitionsrückstand von 25 Milliarden Euro auf. Der **ökologische Umbau** muss vorangetrieben werden. Die energetische Gebäudesanierung ist dabei nur ein Faktor, der noch erheblich ausgeweitet werden muss.

Autor: Wilfried Kurtzke

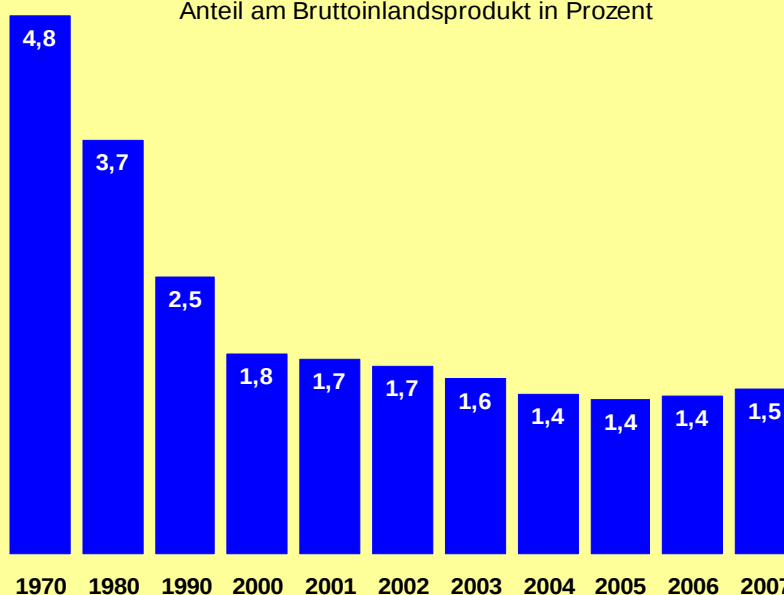
Konjunkturprogramm der Bundesregierung ungenügend

Die Bundesregierung hat am 5. November 2008 ein 15-Punkte-Programm zur „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ beschlossen. Nach dem „Schutzschirm für die Finanzmärkte“ soll ein „Schutzschirm für Arbeitsplätze“ aufgespannt werden. Die IG Metall meint dazu: Das Volumen des Konjunkturpakets ist zu klein, um spürbare wirtschaftliche Impulse auszulösen.

Die Bundesregierung hat ihren grundsätzlichen Widerstand gegen Konjunkturprogramme aufgegeben. Dieser Schritt ist richtig und war längst überfällig. Konjunkturprogramme können sich aber nur dann wirksam entfalten, wenn sie finanziell ausreichend dimensioniert sind und rechtzeitig aufgelegt werden. Das trifft für das Konjunkturpaket der Bundesregierung nicht zu. Der finanzielle Umfang ist viel zu klein, um tatsächlich spürbare wirtschaftliche Impulse auszulösen. Einzelne Maßnahmen sind sinnvoll, aber insgesamt sind die Maßnahmen nicht sehr zielgerichtet. Zudem wurden Teile des Programms schon wieder korrigiert. Der dramatische Rückgang der öffentlichen Investitionen in Deutschland zeigt, welche Stoßrichtung ein wirksames Konjunkturprogramm haben sollte: mehr Zukunftsinvestitionen fördern Wachstum und Arbeitsplätze.

Belastungsfaktor Infrastruktur: Öffentliche Investitionen stagnieren weiter auf Tiefstand

Anteil am Bruttoinlandsprodukt in Prozent



Quelle: Statistisches Bundesamt

1. Entschlossenes Handeln der Politik ist notwendig

1.1 Konjunktur im Abschwung

Die wirtschaftliche Entwicklung schwächt sich ab. Die Wachstumsprognosen für 2009 variieren zwischen 0,2 und 1,0 Prozent. Das in der letzten Woche vorgestellte Gutachten des Sachverständigenrates (SVR) erwartet für nächstes Jahr eine Stagnation. Die Folgen der Finanzmarktkrise und ein „normales“ Auslaufen des Booms sorgen für erhebliche Verunsicherung über die weitere wirtschaftliche Entwicklung.

Während der private Konsum über den gesamten Konjunkturzyklus schwach blieb und sich nicht zum Wachstumsmotor entwickeln konnte, werden die Risiken größer, da sich – bedingt durch die weltwirtschaftlichen Turbulenzen - jetzt auch die Exporte massiv abschwächen und die Investitionspläne der Unternehmen nach unten korrigiert werden.

Die Bundesregierung hat am 5. November 2008 ein 15-Punkte-Programm zur „Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“ beschlossen. Damit soll die wirtschaftliche Situation stabilisiert werden. Am 12. November wurde das Programm noch einmal modifiziert. Insbesondere die stark in der Kritik stehende Steuerbefreiung für Kfz wurde geändert. Noch in diesem Jahr soll das Gesetzgebungsverfahren abgeschlossen werden. Damit können die Maßnahmen Gesetzeskraft erlangen.

Dass die Bundesregierung überhaupt tätig wird, ist grundsätzlich positiv und wird von der IG Metall begrüßt. Doch im Volumen und in der Ausgestaltung bleibt das Programm weit hinter den Vorstellungen der IG Metall zurück.

1.2 Erfolgskriterien für konjunkturelle Maßnahmen

Damit das Konjunkturprogramm der Bundesregierung die Konjunktur wirksam stützt, sollten die Maßnahmen

- ein **ausreichendes Volumen** für einen kräftigen Impuls haben;
- **nicht zu kurzfristig** angelegt sein, um ein kurzfristiges Strohfeuer zu vermeiden;
- eine **nachhaltige Wirksamkeit** entfalten, d.h. nicht nur unmittelbar die Konjunktur fördern, sondern auch den Standort stärken und den ökologischen Umbau vorantreiben;
- möglichst vollständig **ausgabewirksam** sein, also so ausgestaltet, dass wenig Mittel in zusätzlichen Ersparnissen oder in Mitnahmeeffekten versickern;
- vor allem die **inländische Produktion** fördern, um nicht für Importe ins Ausland abzufließen;
- einen hohen Anteil an **direkten Maßnahmen** enthalten, die unmittelbare Ausgaben des Staates darstellen und nicht davon abhängen, dass die Mittel nachgefragt werden;

- **zusätzlich** zu den ohnehin getätigten Ausgaben erfolgen.

Konjunkturprogramme in USA und China

Die **US-amerikanische Regierung** war die erste, die mit der Finanzpolitik gegen die Folgen der Krise ankämpfte. Bereits im Frühjahr wurde ein Konjunkturprogramm von 170 Milliarden US-Dollar (100 Milliarden Steuergutschriften für private Haushalte, 70 Milliarden Steuervergünstigungen für Unternehmen) aufgelegt. Das Programm hat die private Konsumnachfrage gestärkt. Das Volumen entspricht dabei einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Zurzeit ist ein weiteres Konjunkturprogramm in der Diskussion.

Den größten Schritt zur Stabilisierung der Konjunktur vollzieht **China**. Obwohl die Wachstumserwartungen für nächstes Jahr auf „nur“ noch 7,2 Prozent zurückgegangen – und damit weit von jeder ernsthaften Krise entfernt sind – hat die chinesische Regierung am vergangenen Wochenende ein Konjunkturpaket von 460 Milliarden Euro angekündigt. Das entspricht ungefähr einem Drittel der chinesischen Wirtschaftsleistung. Ausgegeben werden soll das Geld für Infrastrukturprojekte (Straßen, Schienennetz, Flughäfen), aber auch für den Aufbau des Sozialsystems und der Förderung technischer Innovationen. Details des Programms sind noch nicht bekannt.

2. Das Maßnahmenpaket der Bundesregierung

2.1 Nachfragewirksame Ausgaben

Damit sind Ausgaben gemeint, die unmittelbar nachfragewirksam und steuerbar sind und als sicher gelten.

1. **VERKEHR:** Wichtige Verkehrsinvestitionen sollen beschleunigt umgesetzt und dazu weitere Mittel bereitgestellt werden. Dafür sind für 2009 und 2010 jeweils 1 Milliarde Euro vorgesehen.

Bewertung: Verkehrsinvestitionen haben eine direkte struktur-, wachstums- und konjunkturfördernde Funktion.

2. **KOMMUNEN/INFRASTRUKTUR:** Die Infrastrukturprogramme der KfW für strukturschwache Kommunen sollen um **3 Milliarden Euro** aufgestockt werden. Die Zinsen sollen befristet besonders günstig sein. (Unklar ist allerdings, wie hoch die geplanten Ausgaben für die Zinsförderung pro Jahr sind).

Bewertung: In vielen Kommunen gibt es bereits einen erheblichen Investitionsstau. Kommunale Infrastrukturinvestitionen haben eine direkte struktur-, wachstums- und konjunkturfördernde Funktion.

3. **GA-MITTEL:** Die Mittel für die «Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur» (GA-Mittel) werden erhöht. Der Bund stellt den Ländern dazu für 2009 einmalig **200 Millionen**

Euro zusätzlich bereit - davon 100 Millionen Euro als Barmittel.

Bewertung: Wegen des geringen Volumens ist die konjunkturpolitische Bedeutung dieser Maßnahme eher geringfügig.

4. **KURZARBEITERGELD:** Das Kurzarbeitergeld (KuG) soll von 12 auf 18 Monate verlängert werden. Arbeitgebern soll damit wegen des schwächeren Wirtschaftswachstums die Möglichkeit gegeben werden, ihre Belegschaften zu halten statt zu entlassen.

Bewertung: Kurzarbeitergeld hat eine überbrückende Funktion. Es hilft, bei Produktionseinschränkungen Entlassungen zu verhindern und Einkommensverluste der Arbeitnehmer zu begrenzen. Die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes ist sozialpolitisch richtig und begrüßenswert, hat aber nur begrenzte konjunkturelle Wirkungen.

2.2 Angebotswirksame Ausgaben

Damit sind Ausgaben gemeint, die Investitions- und Konsumanreize für Unternehmen und Privatpersonen setzen.

1. **GÜNSTIGE KFW-KREDITE:** Die staatliche KfW Bankengruppe soll die Kreditversorgung der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstandes sichern. Dazu wird - bis Ende 2009 befristet - ein zusätzliches Finanzierungsinstrument von bis zu **15 Milliarden Euro** geschaffen. Bei den Krediten sind auch Haftungsübernahmen durch die KfW von bis zu 80 Prozent vorgesehen.

Bewertung: Das ist eine geeignete Maßnahme gegen eine mögliche Kreditklemme und fördert die Finanzierung von bereits geplanten Investitionen, vor allem bei kleinen und mittleren Unternehmen.

2. **AUTOINDUSTRIE:** Die Bundesregierung will erreichen, dass die Europäische Investitionsbank (EIB) die «Finanzierungsziele für Forschungs-, Entwicklungs-, und Innovationskredite» von 7,2 Milliarden (2007) auf **10 Milliarden Euro** (2009) aufstockt. Auch wird angestrebt, das EIB-Kreditvolumen für kleine und mittlere Firmen anzuheben, um Autozulieferer zu stützen. Erreicht werden soll zudem, Beschränkungen bei Krediten an Großunternehmen zeitweise zu lockern.

Bewertung: Bei dieser Maßnahme besteht das Risiko der Fehlsteuerung, weil Investitionshilfen an Finanzierungsengpässen der Unternehmen ansetzen, die Autoindustrie aber vor allem an einer Absatzkrise leidet.

3. **C02-GEBAÜDESANIERUNG:** Die Mittel für das erstmals 2001 aufgelegte Programm sowie andere Maßnahmen für mehr Energieeffizienz sollen für drei Jahre um insgesamt **3 Milliarden Euro** aufgestockt werden.

Bewertung: Diese Maßnahme ist ökonomisch und ökologisch sinnvoll. Die IG Metall fordert aber eine jährliche Aufstockung um 3 Milliarden Euro, also eine Verdreifachung.

4. **KFZ-STEUER:** Alle Neuwagen-Käufer sollten im ersten Konzept ein Jahr lang von der Kfz-Steuer befreit werden. Für besonders schadstoffarme Wa-

Umfang des Maßnahmenpakets der Bundesregierung

(Bund, Länder und Gemeinden in Milliarden Euro)

Programmelemente	2009	2010	2011	2012	Summe
Verkehrsinvestitionen	1,000	1,000			2,000
Absetzbarkeit Handwerkerrechnungen		0,900	1,500	1,500	3,900
Energetische Gebäudesanierung	0,042	0,220	0,457	0,584	1,303
KfW Kommunalprogramm	0,073	0,076	0,076	0,074	0,299
degressive Abschreibung	1,940	4,325	4,165	2,420	12,850
Kfz-Steuerbefreiung	0,380	0,135			0,515
Sonderabschreibung KMU	0,235	0,370	0,210	0,010	0,825
GRW-Aufstockung	0,200	0,100	0,100		0,400
Summe	3,87	7,126	6,508	4,588	22,092

Quelle: BMF, Stand 17.11.08

gen sollte die Befreiung ein Jahr länger bis Ende 2010 gelten. Nach dem aktuellen Verhandlungsstand in der großen Koalition soll diese Steuerbefreiung jetzt nur noch für ein halbes Jahr gelten. Danach werden weitere Maßnahmen erörtert. Prinzipiell soll die Kaufzurückhaltung bis zur Umstellung der Kfz-Steuer auf eine Klimaschutzsteuer ab 2011 aufgelöst werden. Hier gibt es aber noch Streit. Die Länder pochen auf eine Kompensation der erwarteten Einnahmeausfälle durch den Erlass der Kfz-Steuer.

Bewertung: Ein großer Teil der Kaufzurückhaltung bei den Automobilen ist auf unklare CO²- und schadstoffbezogene Rahmenbedingungen zurückzuführen. Die Maßnahme der Bundesregierung kann zwar ein erster Startschuss zur Ankurbelung des Fahrzeugabsatzes sein. Die sofortige Korrektur bei der Steuerbefreiung hat allerdings noch mehr Verunsicherung geschaffen. Um wirkliche Kaufsicherheit herzustellen, muss eine verlässliche auf CO²- und Schadstoffreduzierung bezogene Besteuerung eingeführt werden.

5. **ABSCHREIBUNGEN:** Für Firmen soll es bei Neuananschaffungen wieder mehr Steuererleichterungen geben. Zum Januar 2009 soll - befristet für zwei Jahre - eine degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter von 25 Prozent eingeführt werden. Zusätzlich sollen Sonderabschreibungen für kleinere und mittlere Unternehmen erweitert werden - ob ebenfalls befristet, ist noch offen.

Bewertung: Investitionsanreize werden nur dann ihre volle Wirkung entfalten, wenn die Nachfrage wieder in Gang kommt. Nur dann sind sie rentabel. Steuererleichterungen helfen in erster Linie Unternehmen mit einer guten Ertragslage. Wirksamer - vor allem für ertragsschwache Unternehmen - wäre eine Investitionszulage.

6. **HANDWERK:** Privathaushalte sollen doppelt so hohe Handwerkerrechnungen von der Steuer absetzen können wie bisher - 1.200 statt 600 Euro pro Jahr. Unklar ist bisher, ob dies befristet wird auf zwei Jahre.

Bewertung: Grundsätzlich ist die Förderung des Handwerks richtig und zudem sehr beschäftigungsintensiv.

3. Die Gesamtbewertung der IG Metall

3.1 Kriterien werden nicht erfüllt

Die Chance, mit dem Konjunkturprogramm nachhaltig Wachstumsperspektiven, Zukunftsfähigkeit und Wohlstand zu steigern, wurde vertan. An der konkreten qualitativen und quantitativen Ausgestaltung des Programms wird in der öffentlichen Debatte viel Kritik geäußert. Auch aus Sicht der IG Metall bleibt das Pro-

gramm erheblich hinter den Anforderungen und Kriterien an ein Konjunktur- oder Zukunftsinvestitionsprogramm zurück.

Quantitative Anforderungen

In der ökonomischen Debatte gilt die Faustformel, dass Konjunkturhilfen erst mit einem Volumen von einem Prozent des Bruttoinlandsproduktes ihre volle Wirkung entfalten können. Auch das US-amerikanische Konjunkturprogramm vom Frühjahr hatte eine solche Größenordnung.

Für Deutschland wäre damit ab sofort ein Volumen von 25 bis 30 Milliarden Euro pro Jahr - zusätzlich - notwendig. Das entspricht den Vorschlägen der IG Metall nach einem „Zukunftsinvestitionsprogramm“. Dies wäre nicht nur ein notwendiger Konjunktur- und Wachstumsbeitrag des Staates. Ein solches Programm hätte auch eine erhebliche beschäftigungspolitische Stabilisierungswirkung. Die Wachstumsimpulse würden rund 300.000 Arbeitsplätze sichern und schaffen.

SVR kritisiert Bundesregierung

Heftige Kritik am Konjunkturpaket der Bundesregierung übt der Sachverständigenrat. Das Volumen des Programms wird vom SVR als zu gering eingeschätzt. Der SVR fordert ein Investitionsprogramm von mindestens 0,5 bis 1 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, um die notwendige konjunkturelle Wirkung erzielen zu können.

Zudem werden die Maßnahmen als zu wenig zielgerichtet beurteilt: „Tatsächlich handelt es sich aber um ein Sammelsurium von Einzelmaßnahmen, das zwar den Eindruck vermitteln mag ‚wir tun was‘, ansonsten aber nur bedingt auf die Erhöhung des Potenzialwachstums bei gleichzeitigem konjunkturellen Impuls zielt“.



Tatsächlich hat das Konjunkturprogramm der Bundesregierung ein Volumen von 22 Milliarden Euro, aber verteilt auf die vier Jahre bis 2012. Für das Jahr 2009 sollen gerade einmal auf 3,87 Milliarden Euro bereitgestellt werden. Das entspricht etwa 0,15 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Die Bundesregierung rechnet dagegen damit, dass das Konjunkturpaket schon in den nächsten zwei Jahren einen Wachstumsimpuls von 50 Milliarden

Euro auslösen wird. Das aber muss bezweifelt werden. Denn in den Berechnungen der Bundesregierung wurden auch Investitionen mitgezählt, die ohnehin getätigt worden wären.

Ob das Konjunkturprogramm der Bundesregierung das Kriterium der „Zusätzlichkeit“ erfüllt, bleibt ungewiss. Das lässt sich erst dann beurteilen, wenn die entsprechenden Haushalte für die nächsten vier Jahre vorliegen.

Qualitative Anforderungen

Das Konjunkturprogramm sollte überwiegend investiv angelegt sein. Die erheblichen Investitionslücken in der Infrastruktur und bei der Bildung müssen nachhaltig geschlossen werden. Das wäre ein qualitativer Beitrag zur Modernisierung unserer gesellschaftlichen Infrastruktur. Aber auch in dieser Hinsicht bleibt das Programm hinter den Anforderungen der IG Metall zurück.

Das Konjunkturpaket setzt überwiegend auf indirekte Anreize statt direkte staatliche Investitionen. Indirekte Förderungen setzen aber immer die Bereitschaft der Zielgruppe zur Annahme der Förderung voraus. Diese Bereitschaft sinkt aber in einem Umfeld unsicherer wirtschaftlicher Verhältnisse.

Öffentliche Zukunftsinvestitionen in Bildung, in kommunale Infrastruktur und den ökologischen Umbau sind in dem Paket unterrepräsentiert. Dringend notwendige und vor allem zusätzliche Aufwendungen für Bildung sind überhaupt nicht enthalten. Die Ausgaben für die öffentliche Infrastruktur machen lediglich ein Viertel des Programms aus. Damit wird das Kriterium einer nachhaltigen Wirksamkeit nur sehr eingeschränkt erfüllt.

Automatische Stabilisatoren

Zu begrüßen ist die Ankündigung der Bundesregierung, keine Sparrunden zum Erreichen eines ausgeglichenen Haushalts zu versuchen und konjunkturbedingte Defizite hinzunehmen. Ein Versuch, in die Krise hinein zu sparen, hätte ohnehin keine Erfolgsaussichten. So können die **automatischen Stabilisatoren** wirken und die Nachfrage stützen.

3.2 Forderungen der IG Metall

Die IG Metall fordert seit langem ein **Zukunftsinvestitionsprogramm mit einem Volumen von 30 Milliarden Euro** und damit etwas über einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts. Diese Forderung gewinnt in einem schwächer werdenden wirtschaftlichen Umfeld eine zusätzliche Bedeutung.

Die Schwerpunkte der IG Metall-Vorschläge liegen vor allem bei **öffentlichen investiven Maßnahmen** in den Bereichen Bildung, kommunale Infrastruktur und ökologischer Umbau. Gerade bei den öffentlichen Investitionen liegt Deutschland im internationalen Vergleich weit abgeschlagen.

Gute Bildung für alle, umweltgerechtes Produzieren und eine leistungsfähige Infrastruktur kommen sowohl dem

Wohlstand des Einzelnen zugute als auch dem Wirtschaftsstandort. Dazu ist ein höheres Niveau öffentlicher Investitionen notwendig. Mit dem seit Jahren praktizierten Rückzug des Staates wird unsere Zukunft gefährdet. Gerade in der aktuellen Situation ist eine Steigerung der öffentlichen Investitionen geboten. Eine erhöhte Binnennachfrage kann die Exportabhängigkeit reduzieren.

Die **PISA-Studie** hat erhebliche Probleme im deutschen Bildungssystem offen gelegt. **Mangelnde Leistungen von Schulabgängern und zu wenig Studierende** sind weitere Defizite. Sicherlich müssen dabei auch die Strukturen im Bildungssystem verbessert werden, aber es fehlt auch an der finanziellen Ausstattung des Bildungssystems.

Studie bestätigt Vorteil öffentlicher Investitionen

Ein Team um Prof. Ulrich Heilemann, Direktor des Instituts für empirische Wirtschaftsforschung an der Universität Leipzig, hat aktuell eine Modellrechnung über die Wirksamkeit verschiedener Konjunkturprogramme vorgelegt.

Verglichen wurde in der Simulationsrechnung eine Stützung der Konjunktur über drei Jahre mit jährlich 15 Milliarden Euro, die als Steuersenkung, als Senkung der Sozialversicherungsbeiträge und als öffentliche Investition getätigt wurde.

Den schwächsten Effekt hätte die Steuersenkung, weil ein erheblicher Teil in einer höheren Sparquote versickern würde. Das zusätzliche Wachstum des BIP betrüge 6,2 Milliarden Euro im Jahr.

Die Senkung der Sozialversicherungsbeiträge würde den Konsum stärker stützen und für ein zusätzliches Wachstum von 7,7 Milliarden Euro sorgen.

Mit Abstand am effektivsten wäre das Konjunkturprogramm über öffentliche Investitionen. Das Wachstum betrüge dabei 15,7 Milliarden Euro pro Jahr. Dementsprechend wären auch die Beschäftigungseffekte die größten und ein solches Programm würde sich zur Hälfte über höhere Steuereinnahmen selbst finanzieren.

Im Durchschnitt geben die **OECD-Staaten** 5,4 Prozent des BIP an öffentlichen Geldern für die Bildung aus. **Deutschland** gibt gerade 4,8 Prozent des BIP für Bildung aus. Um den Durchschnitt zu erreichen, wären 18 Milliarden Euro an jährlichen zusätzlichen Investitionen notwendig. Um das Niveau der Bildungsausgaben in Schweden zu erreichen (7,4 Prozent des BIP) wären 68 Milliarden Euro notwendig!

Auf dem **Bildungsgipfel** der Bundesregierung wurde beschlossen, die gesamten Bildungsausgaben (einschließlich privater) bis 2015 auf sieben Prozent des BIP zu erhöhen (bisher 6,2 Prozent). Doch schon für dieses Ziel gibt es bisher keinerlei Verständigung über die Finanzierung.

Wo die Investitionslücken liegen, zeigen die folgenden Beispiele:

Das Deutsche Institut für Urbanistik schätzt den **kommunalen Investitionsbedarf** bis 2020 auf 704 Milliarden Euro. Dieser Bedarf ist nur zu 90 Prozent finanziell abgedeckt. Zur Aufhebung des Investitionsrückstandes fordert das Deutsche Institut für Urbanistik eine Erhöhung der kommunalen Investitionsmittel bis 2015 um 75 Milliarden Euro. Die größten Investitionsbedarfe bestehen dabei in den Bereichen Straßenbau, Schulen und Abwasserbeseitigung. Die Schätzungen basieren auf dem notwendigen Ersatzbedarf und dem nach heutigen Maßstäben und Planungen notwendigen Erweiterungsbedarf. **Radikale Qualitätsverbesserungen bei der Infrastruktur sind darin noch nicht enthalten.**

Weitere Investitionsbedarfe bestehen im **Ausbau der Verkehrsinfrastruktur**, vor allem dem Schienennetz. Zur Senkung des CO₂-Ausstoßes sind auch ein bundesweiter, kräftiger Ausbau und die verstärkte Förderung des ÖPNV notwendig.

Die **energetische Gebäudesanierung für öffentliche Verwaltungsbauten**, nach Möglichkeit bis zum Passiv-Haus-Standard, senkt die Umweltbelastung weiter und spart langfristig Energiekosten.

Der **Ausbau erneuerbarer Energien**. Dazu zählt nicht nur die private Förderung über das Energieeinspeisegesetz, auch auf öffentlichen Bauten können in großem Umfang Solaranlagen montiert werden.

Im **öffentlichen Beschaffungswesen** können mit Investitionen in ökologische Produkte Zeichen gesetzt werden.

3.3 Lohn- und Geldpolitik als notwendige flankierende Maßnahmen

Damit die finanzpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung nicht völlig ins Leere laufen, ist zur Flankierung die **Lohnpolitik** gefordert. Lohnerhöhungen müssen den unbalancierten Aufschwung mit der schiefen Verteilungslage korrigieren, den Fall der Lohnquote stoppen und so die Kaufkraft für einen kräftigen Anstieg des privaten Konsums schaffen.

Weiterhin muss die **Geldpolitik** (Europäische Zentralbank) für eine ausreichende und günstige Liquiditätsausstattung der Wirtschaft sorgen. Noch im Sommer hatte die EZB die Leitzinsen erhöht und damit Krisentendenzen in der Eurozone massiv verstärkt. Inzwischen wurden die Leitzinsen in einer international koordinierten Aktion gesenkt. Weitere Zinssenkungen sind notwendig.

Impressum

Wirtschaftspolitische Informationen

07 / 2008

18. November 2008

Autor:

Wilfried Kurtzke

Vertrieb:

Rosita Jany

Bezugsmöglichkeiten:

IG Metall Vorstand

Wirtschaft, Technologie, Umwelt

D-60519 Frankfurt am Main

Telefon: +49 (69) 6693 2641

Fax: +49 (69) 6693 80 2641

Mail: wi@igmetall.de

online: www.igmetall.de/download

Abonnement der wirtschaftspolitischen Publikationen
per mail an : sarah.menacher@igmetall.de